



NEXT4EU Perspektiven auf Moldaus EU-Integration

Am Vorabend der Entscheidung über EU- Beitrittsverhandlungen - Eindrücke aus der Republik Moldau

Susanne Glass

Aus der Holzhütte auf dem Weihnachtsmarkt im Zentrum der moldauischen Hauptstadt Chişinău dampft und duftet es verführerisch. Der Glühwein, den sie hier ausschenken, kommt nicht aus einem Plastikkanister, sondern ist nach einem Familienrezept selbst gekocht. Wer mit Zimt oder Nelken nachjustieren möchte, ist herzlich eingeladen sich zu bedienen. Es war das köstlichste Rotwein-Gebräu, das ich in der Vorweihnachtszeit 2023 getrunken habe. Mit umgerechnet rund ein Euro pro Becher war es auch das billigste.

Die kleine Republik Moldau mit nur 2,6 Millionen Einwohnern ist agrarisch geprägt, stolz auf ihre guten Weine, den Obstanbau. Gleichzeitig gilt Moldau als eines der ärmsten Länder Europas. Es grenzt im Westen an den EU-Mitgliedsstaat Rumänien und wird im Norden, Osten und Süden vollständig von der Ukraine umschlossen. Seit dort der Krieg tobt, haben manche Airlines ihre Flugverbindung eingestellt. Allerdings hat z. B. Wizz Air die Wiederaufnahme für Mitte Dezember angekündigt – auch ein Indiz dafür, dass die Gefahr, die russischen Truppen könnten direkt nach Moldau weitermarschieren, derzeit als gering eingeschätzt wird.

Als mich die nette Dame beim Ausschank fragt, ob wir „tourists“ seien, antworte ich wahrheitsgemäß: nein, keine Touristen. Wir sind Medienleute und Angehörige politischer Stiftungen, die sich für die moldauischen Bemühungen interessieren, Mitglied der Europäischen Union (EU) zu werden. Denn wir besuchen das Land in der Woche Mitte Dezember, an deren Ende in Brüssel eine Entscheidung fallen wird, die die Weichen für seine Zukunft stellt. Die große Frage, die großen Zusammenhänge: Wird die EU mit der vom russischen Angriffskrieg gezeichneten Ukraine Beitrittsverhandlungen beginnen und, im Paket mitinbegriffen, auch mit dem benachbarten Moldau – zwei Jahre, nachdem Chişinău den Antrag gestellt hat? Die Glühwein-Dame zuckt mit den Schultern, sagt zweideutig: „Hoffen wir das Beste!“

Das Kreditkarten-Lesegerät hat sie dann ebenso selbstverständlich wie ihre diversen Glühwein-Gewürze auf die Theke gestellt. Anders als etwa in Deutschland oder Österreich ist bargeldloses Bezahlen hier in jeder Holzhütte auch bei kleinen Beträgen problemlos möglich.

Ein Kreuz gegen Geld

Leider ist weiterhin ebenfalls Usus, dass man mit relativ kleinen Beträgen in cash auch Wählerstimmen kaufen und Mandatsträger bestechen kann. „Wenn sich die Menschen entscheiden müssen, zwischen meiner Partei, die ihnen verspricht, Menschenrechte zu achten und den Lebensstandard insgesamt zu verbessern und einer anderen Partei, die ihnen sofort für ihre Stimme 100 Euro bar in die Hand drückt, dann werden sich neun von zehn Menschen für das Geld entscheiden.“ Und das sei noch

optimistisch geschätzt, meint der damalige stellvertretende Parlamentspräsident Mihai Popşoi (heute ist er Außenminister). Er gehört der europafreundlichen „Partei der Aktion und Solidarität“, PAS, von Präsidentin Maia Sandu an, die seit den Wahlen 2020 regiert.

Mit dem Hinweis auf den Stimmenkauf steht „der Elefant“ sofort wieder mitten im Raum, der bei all unseren Treffen und Gesprächen während dieser Reise präsent ist: Der prorussische moldauisch-israelische Oligarch Ilan Shor. Er steht auf der Sanktionsliste der EU, der USA, Großbritanniens und Kanadas. Shor wurde wegen Geldwäsche und Betrug zu 15 Jahren Haft verurteilt – in Abwesenheit, weil er sich längst erst nach Israel und dann nach Russland abgesetzt hat. Von dort aus nimmt er weiterhin heftigen Einfluss auf die moldauische Politik. Er versucht das Land im Sinne Russlands zu destabilisieren, mit nicht deklariertem Geld, eben unter anderem durch Stimmenkauf. 100 Euro in bar für ein Kreuzchen auf dem Wahlzettel, wie von Popşoi dargestellt, entsprechen immerhin der Hälfte eines monatlichen Durchschnittseinkommens. Und das Wenige, das die Menschen verdienen, wird von der Inflation immer mehr aufgefressen. Auch die Energieversorgung ist viel teurer geworden. Aber wenigstens erscheint sie derzeit sicher. Zu Beginn des Krieges in der Ukraine war Moldau noch zu 100 Prozent abhängig von Russland. Mittlerweile braucht das Land kein russisches Gas mehr, ist vollständig ins europäische Netz integriert.

Sie seien stolz darauf, dass sie besser als erwartet durch den ersten Kriegswinter gekommen sind und auch der zweite werde jetzt kein Problem, sagt Popşoi. „Wir haben ausreichend Gas für diesen Winter und auch schon den Sommer eingekauft. Und sogar noch etwas vom teuren Gas aus dem letzten Jahr ist in den Speichern übriggeblieben.“ Der harte Energie-Sparkurs von Präsidentin Maia Sandu hat offenbar Wirkung gezeigt. Jetzt erklärt sich für uns auch, warum die Lobby unseres Hotels schon ab dem frühen Winternachmittag im Halbdunkeln versinkt und die riesigen Kronleuchter, statt ihrer erhellenden Bestimmung nachzukommen, nur als Schatten zu erahnen sind. Wenigstens sind die Zimmer warm. Anders als im Regierungspalast, wo die Präsidentin offenbar mit gutem Beispiel vorangeht. Fröstelnd sitzen wir dort später ihrem Berater gegenüber, der seinerseits mit einer gefütterten Weste besser vorbereitet ist. Weil aus diesem Gespräch aber – wie aus manchen weiteren – nicht alles öffentlich zitiert werden soll, werden die Erkenntnisse daraus in diesen Reisebericht inhaltlich ohne Namensnennung einfließen.

Ob Popşoi daran glaube, dass die EU sich für Beitrittsverhandlungen mit Moldau entscheidet? Noch dazu, wo gerade der ungarische Ministerpräsident Orbán erneut bekräftigt hat, dass er gegen Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau ist? Die sibyllinische Antwort erinnert mich ein wenig an die

Glühwein-Frau, nur im Diplomatenjargon: „Wir versuchen optimistisch zu sein. Ich selbst zwingt mich jeden Tag dazu.“

Hybride Kriegsführung

Was uns schon vor Reiseantritt klar war und sich in diesen Dezember-Tagen noch bestätigt: Ein Nein der EU zu Beitrittsverhandlungen wäre sehr bitter für Maia Sandu und die PAS, denn sie haben alles auf die europäische Karte gesetzt. Erstmals hat eine moldauische Regierung der EU gegenüber nicht nur vor allem Lippenbekenntnisse abgegeben und sich in Konfrontation zu Russland positioniert. Inmitten der brandgefährlichen geopolitischen Situation und der Furcht davor, dass der Krieg über die Grenze ins eigene Land kommt, hat sich Maia Sandu klar zur EU und den USA bekannt. Sie hat dabei auch eine innenpolitische Zerreißprobe riskiert – in dem Wissen, dass in der autonomen Region Gagausien, im abtrünnigen Transnistrien sowie im Norden des Landes eine Mehrheit der Bevölkerung prorussisch ist. Auch wenn die Gefahr, dass Russland nach der Ukraine jetzt in Moldau mit Panzern und Truppen einfällt, derzeit wieder als geringer eingeschätzt wird: Den hybriden Krieg gegen Chişinău hat Moskau längst begonnen und führt ihn mit allen Mitteln. Mit Propaganda, Desinformation in den Medien, gesteuerten anti-westliche Demonstrationen, illegaler Parteienfinanzierung, Stimmenkauf. Einen Eindruck, wie gefährlich und effizient die russische hybride Kriegsführung sein kann, haben die PAS und ihre EU-Unterstützer Anfang November 2023 bei den moldauischen Kommunalwahlen bekommen. Die PAS konnte den allgegenwärtigen Fake-News, der Korruption und dem Stimmenkauf wenig entgegensetzen, musste herbe Verluste hinnehmen. Auch hier ist er wieder, der Elefant im Raum, Ilan Shor. Und alle wissen: Das war erst ein Vorgeschmack auf die Präsidentschaftswahlen, die in diesem Jahr anstehen, und auf die Parlamentswahlen 2025. Dennoch, auch nach den Verlusten bei den Kommunalwahlen, sagt Mihai Popşoi, sei die pro-europäische moldauische Regierung noch immer so populär, dass die russischen Oligarchen-Gelder nicht ausreichen, um genügend Menschen gegen Maia Sandu mobil zu machen. Noch, zumindest.

„Wir wissen, dass wir nicht sexy sind“

Lieber als über pro-russische Oligarchen spricht Popşoi über „unsere amerikanischen und europäischen Freunde“. Er selbst hat seine Berufslaufbahn bei der Nato begonnen, sähe es gerne, wenn Moldau der westlichen Verteidigungsallianz beitrete. Aber er ist Pragmatiker: „Ich weiß, dass es dafür keine Mehrheit in unserer Bevölkerung gibt. Sollten wir es trotzdem versuchen, werden wir abgewählt. Also lassen wir das.“ Vollkommen anders sei die Stimmung in Bezug auf die EU. „Ich bin EU-Bürger, Moldaus Präsidentin ist EU-Bürgerin. Von den 63 Abgeordneten

unserer Partei sind 55 EU-Bürger.“ Selbst innerhalb der prorussischen Opposition gäbe es EU-Bürger. Tatsächlich haben etwa die Hälfte der Moldauer rumänische Pässe. Damit sind sie seit Rumäniens EU-Beitritt vollwertige Bürger der Europäischen Union, samt dem Recht auf Niederlassungsfreiheit. Was gerade auch von den Jüngeren gerne zum Auswandern genutzt wird, weshalb die Bevölkerungszahl rasant sinkt. Popşoi schlussfolgert mit einem Augenzwinkern: Die meisten Moldauer seien also ohnehin schon in der EU, nun müsse nur noch ihr Land nachkommen.

Mihai Popşoi, Jahrgang 1987, ist einer der Vertreter (und es kommen bei den nächsten Treffen Vertreterinnen hinzu) einer jungen moldauischen (Politiker-)Generation, die uns auf dieser Reise mit ihrer EU-Begeisterung und Professionalität beeindruckt. Sie bewegen sich (nicht nur sprachlich) mühelos auf internationalem Parkett. Sie könnten und haben zum Teil schon im Ausland Karriere gemacht und sich dennoch dazu entschlossen, sich für die EU-Sache in den Dienst des Heimatlandes zu stellen, auch wenn ihr Verdienst hier geringer und der Ausgang ungewiss ist.

“

Für mich zeigt sich, dass hier innerhalb der PAS eine realistische Einschätzung der Situation und Chancen vorherrscht. Aber eben auch die fast verzweifelte Hoffnung, letztlich nicht mit leeren Händen dazustehen und die Bevölkerung, die den pro-europäischen Kurs mitgetragen hat, enttäuschen zu müssen.

Denn selbst wenn die Beitrittsverhandlungen beginnen sollten, droht noch die „Balkan-Falle“. Die Frage, die wir bei allen Gesprächen stellen, lautet deshalb: ob ihnen bewusst sei, dass vor mehr als 20 Jahren, ähnlich begeistert wie heute in der Republik Moldau, auch proeuropäische Kräfte etwa in Serbien, Nordmazedonien, Albanien, Bosnien-Herzegowina auf einen raschen Beitritt zur Staatengemeinschaft gehofft hätten und dort seither einzig die Frustration grenzenlos geworden sei? Ja, das haben alle sehr wohl vor Augen. Aber insgesamt scheint doch die Hoffnung zu überwiegen, dass es im Falle des Doppelpaketes Ukraine-Moldau besser laufen könnte. „Vielleicht schaffen wir den Beitritt in sechs bis sieben Jahren nach der Aufnahme der Verhandlungen“, hören wir immer wieder. „In etwa so lange wie Kroatien gebraucht hat.“ Denn immerhin gäbe es ja auch Staaten Südosteuropas (neben Kroatien noch Rumänien und Bulgarien), die nicht in der Falle der endlosen Verhandlungen stecken geblieben seien. „Wir wissen, dass wir nicht sexy sind“, sagt dazu Popşoi. Und sie wüssten auch, dass sie „overdelivern“ müssten, um von der EU akzeptiert zu werden. Also noch mehr einbringen, als

ohnehin vorgeschrieben und erwartet werde. Deutlich zum Ausdruck kommt bei allen Gesprächen auch das Bewusstsein dafür, dass die EU vor einem Erweiterungsprozess intern reformiert werden könnte. Dann bekämen neue Mitglieder etwa keine Veto-Rechte oder erhielten vor einer Vollmitgliedschaft zunächst freien EU-Marktzugang „Single-Market“. Für mich zeigt sich, dass hier innerhalb der PAS eine realistische Einschätzung der Situation und Chancen vorherrscht. Aber eben auch die fast verzweifelte Hoffnung, letztlich nicht mit leeren Händen dazustehen und die Bevölkerung, die den proeuropäischen Kurs mitgetragen hat, enttäuschen zu müssen.

“

Dass Russisch neben der Amtssprache Rumänisch weit verbreitet und überall präsent ist, hat der Regierung zuletzt in Bezug auf die Medien große Sorgen bereitet. Weil der hybride Krieg auch via russische Medien und Internetportale von Moskau geführt wird, hat sie nach Feststellung zahlreicher Regelverstöße einschlägige russische Internetportale sowie das Moskauer Staatsfernsehen blockieren lassen.

Russischer Einfluss und die Transnistrien-Frage

Naturgemäß komplett anders sieht das die Opposition. Der ehemalige Präsident Igor Dodon, jetzt Vorsitzender der sozialistischen Partei, der 2020 seiner Herausforderin Maia Sandu unterlegen war, listet gleich zu Beginn des Gespräches so viele (unrealistische) Bedingungen für Beitrittsverhandlungen seines Landes mit der EU auf, dass sich die Frage, ob er für einen solchen Beitritt sei, eigentlich erübrigt hat. Aber natürlich trotzdem von uns gestellt werden muss. Den Kandidatenstatus hätte es ohne den Krieg im Nachbarland Ukraine nicht gegeben, betont Dodon. Er sei sicher, dass Ungarn sein Veto gegen die Verhandlungen einlegen werde. Ungarns Ministerpräsident Orbán gehört neben Russlands Präsident Putin zu den von Dodon klar favorisierten Politikern. Orbáns „traditionelle Familienpolitik“ (und damit also die Ablehnung der LGBTQ+-Rechte) macht Dodon explizit zu einer der Bedingungen für einen EU-Beitritt seines Landes. Russland will er auf keinen Fall als „Hauptbedrohung“ sehen (wie es die PAS erklärt hat und deshalb künftig 1% vom Bruttoinlandsprodukt in den Verteidigungshaushalt stecken will), sondern Dodon sagt: „Wir sollten nicht nur mit der EU, sondern mit allen, auch mit Russland in guten Beziehungen stehen“. Auf der Fotowand in seinem Büro haben die jeweiligen Bilder von Dodons Treffen mit Putin

und Orbán prominente Plätze erhalten. Daneben auch ein Foto mit US-Präsident Trump. Allerdings hängt dort auch eines von Dodon mit Frankreichs Präsident Macron. Wenn er möchte, ist Dodon auch durchaus in der Lage passabel auf Englisch zu kommunizieren. Ja, er verbessert sogar regelmäßig englische Formulierungen seiner eigenen Dolmetscherin, die seine Statements für uns aus dem Russischen übersetzen soll.

Dass Russisch neben der Amtssprache Rumänisch weit verbreitet und überall präsent ist, hat der Regierung zuletzt in Bezug auf die Medien große Sorgen bereitet. Weil der hybride Krieg auch via russische Medien und Internetportale von Moskau geführt wird, hat sie nach Feststellung zahlreicher Regelverstöße einschlägige russische Internetportale sowie das Moskauer Staatsfernsehen blockieren lassen.

Popșoi meint: „Wir haben die Indoktrinierung durch diese russischen Medien viel zu lange zugelassen. Es wird Jahre dauern, bis die Folgen davon innerhalb der Bevölkerung überwunden sind.“ Es sei ihnen aber klar, dass sie der russischsprachigen Bevölkerung Angebote machen müssten, um sie nicht ganz zu verlieren. Deshalb wolle die Regierung jetzt in einen russischsprachigen Sender investieren, der neu aufgebaut werden solle. Was zunächst nachvollziehbar und smart klingt, lässt doch in Bezug auf die Unabhängigkeit der Medien einige Fragen offen.

Dodon bezeichnet die Schließung von 12 Kanälen, „die mehr oder weniger direkt zur Opposition verlinkt waren“, als „kriminell“. Und macht seinen Punkt: „In 2 Jahren nach den Sieg von Maia Sandu war ich kein einziges Mal mehr im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zu sehen.“

Zu Dodons Forderungen in Bezug auf einen EU-Beitritt gehört auch, dass Moldau nicht ohne die abtrünnige Republik Transnistrien im Osten mit ihren rund 400.000 Bewohnern beitreten dürfe. Eine Idee, die die aktuelle moldauische Regierung offenbar bereits mit Unterstützung der EU als unrealistisch aufgegeben hat. Ohnehin haben sich moldauische Regierungen und Bevölkerung schon in den vergangenen Jahrzehnten mit dem eingefrorenen Konflikt mit dem international nicht anerkannten, ausschließlich von Russland gestützten de-facto-Regime in Transnistrien abgefunden. Innerhalb der PAS verweist man darauf, dass der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell bei seinem Besuch in Chișinău gesagt hat, der ungelöste Konflikt sei „kein Problem für den Beitritt zur EU“. Die PAS setzt hier auf einen zwei Stufen Plan. Sie hofft, dass die Bewohnerinnen und Bewohner Transnistriens von den Vorteilen einer EU-Mitgliedschaft überzeugt werden können, nachdem die Republik Moldau (ohne Transnistrien) beigetreten ist. Immerhin scheint der russische Angriffskrieg auch die Menschen in Transnistrien zu beängstigen. Seitdem haben in der überwiegend russisch-sprachigen Republik die Anmeldungen zu Rumänisch-Sprachkursen stark zugenommen, außerdem haben dort mittlerweile 90 Prozent einen moldauischen

Führerschein beantragt. Daraus schließt die PAS, dass sich die Transnistrier Möglichkeit zu einer engeren Anbindung an Europa offen halten wollen. Transnistrien haben PAS und EU also (vorläufig) aufgegeben. Wohl auch, weil man sich derzeit nicht Russland (gar mit Veto-Möglichkeit) via Transnistrien nach Brüssel holen möchte.

“

Wie kann es sein, dass der verurteilte Oligarch Ilan Shor jetzt aus Israel weiterhin Millionen Euro in die Republik Moldau zu Korruptionszwecken transferieren kann?

Wieso fällt es den moldauischen Behörden so schwer, diese Geldflüsse abzdrehen?

Gagausien: in der politischen Isolation

Aber da wäre auch noch das autonom verwaltete Gagausien im Süden mit etwa 150-tausend Menschen und den drei Amtssprachen Gagausisch, Russisch und Rumänisch. Hier wird es richtig kompliziert, wie wir bei einem Besuch in der Hauptstadt Comrat feststellen konnten. Die Gagausen gehören zu den Turkvölkern und haben schon aufgrund ihrer Sprache eine sehr enge Verbindung zur Türkei, die hier ihren Einfluss – auch als Gegengewicht zu Russland –, durchaus geltend machen möchte und viel Geld investiert. Es gibt in Comrat ein türkisches Konsulat und erst vor kurzem wurde die „Recep Tayyip Erdogan-Universität“ mit einem beeindruckend großen Campus fertiggestellt. Natürlich gibt es auch längst eine russisch-sprachige Uni in Gagausien. Die geplante türkisch-sprachige „Erdogan-Hochschule“ wurde bisher jedoch noch nicht offiziell eröffnet. Dazu bräuchte es die Zusammenarbeit mit dem Unterrichtsministerium in Chişinău, aber derzeit boykottiert die moldauische Regierung die gagausische Autonomiebehörde. Stichwort: Ilan Shor. Der prorussische Oligarch hatte vor allem in Gagausien (nach moldauischen Schätzungen mit Millionen Euro) großflächig, oftmals gleich halbe Dörfer korrumpiert. Die derzeitige Regionalgouverneurin Evghenia Gutul, in Gagausien wird die Amtsinhaberin „Baschkan“ genannt, ist eine Politikerin von Ilan Shors und Russlands Gnaden. Sie gehörte der Shor-Partei an, bis zu deren Verbot „aufgrund krimineller Aktivitäten und Unterminierung der moldauischen Souveränität“ durch das Verfassungsgericht am 19. Juni 2023. Allerdings urteilten die höchsten Richter auch, dass die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Shor-Partei ihre bisherigen Mandate weiter als „Parteiunabhängige“ behalten können. Das gilt ausdrücklich auch für das Amt des Baschkan in Gagausien.

„Also sollten Maia Sandu und die PAS-Regierung auf Basis dieser Gerichtsentscheidung weiterhin mit unserem Baschkan zusammenarbeiten. Stattdessen ignorieren sie Gagausien, als ob es uns nicht gäbe. Wir sind diplomatisch und politisch isoliert. Das ist sehr gefährlich, die Situation könnte eskalieren.“ So klagt Alexandr Tarnavski. Der stellvertretende Sprecher der gagausischen Volksversammlung ist unverdächtig ein Unterstützer der Regionalgouverneurin zu sein. Er ist einer der wenigen, die tatsächlich als „unabhängige Kandidaten“ zu den Wahlen angetreten sind. Shor nennt er „einen Kriminellen“. Er zählt ausführlich auf, wie es dem Oligarchen mittels Geld(-Versprechen) für Rentner oder den Ausbau der Infrastruktur gelingt, seine prorussische Unterminierung der Republik Moldau voranzutreiben. Aber Tarnavski beklagt eben auch die Arroganz der PAS-Politiker gegenüber seiner Heimat Gagausien. Die PAS habe es nicht einmal für nötig befunden, bei den Kommunalwahlen mit einer eigenen Kandidatin oder einem Kandidaten anzutreten. „Sie wussten, dass sie hier nicht gewinnen werden, also haben sie sich erst gar nicht bemüht.“ Mit diesem Vorwurf, die Gagausen vorschnell aufgegeben zu haben und durch eine juristisch fragwürdige Isolation noch weiter in die (prorussische) Opposition zu treiben, würden wir jetzt gerne die PAS-Leute, wie Mihai Popşoi, konfrontieren. Die Vertreterinnen und Vertreter der EU, mit denen wir nach unserem Besuch in Comrat sprechen, äußern sich nur sehr ausweichend zu unserer Frage, ob die Isolierung Gagausiens wegen der Russland-Nähe der Regionalgouverneurin rechtlich haltbar sei. Wie die EU wohl umgekehrt reagieren würde, wenn hier ein proeuropäischer Baschkan von einer russischfreundlichen Zentralregierung boykottiert würde? Ich gehe davon aus, die Verurteilung dieses Verhaltens wäre laut und einhellig.

Positiv nehme ich aus diesen Gesprächen bei der EU mit, dass hier ganz offensichtlich Menschen mit großem Enthusiasmus die Republik Moldau (weiter) EU-tauglich machen wollen. Spannend auch die gerade in Aufbau befindliche Cyber-Security-Agentur, mit der die EU erstmals überhaupt der hybriden Kriegsführung Russlands ein „Zentrum für Strategische Kommunikation“ entgegensetzen will, das Desinformation aufdeckt und bekämpft. Bei unseren Diskussionen über Fake-News und den Umgang damit, haben wir erfahren, dass es in der Republik Moldau bereits das Schulfach „Medienkompetenz“ gibt. Lobenswert!

Eine weitere Frage bei unseren Gesprächen mit EU-Leuten in Chişinău: Warum schafft es die Europäische Union offensichtlich weiterhin nicht (wie schon zuvor auf dem Balkan), die von ihr geförderten Projekte auch entsprechend in der Bevölkerung zu promoten? In Comrat hatte uns zuvor Alexandr Tarnavski erzählt, dass gagausische Bürgermeister weiterhin gerne EU-Gelder, etwa zum Straßenbau, annähmen. Dann aber bei der großen Eröffnungsveranstaltung der neuen Straße „zu erwähnen vergessen“, von wem sie das Geld bekommen haben.

Und um gleich noch beim Geld zu bleiben, um das sich im ärmsten Land Europas halt (fast) alles dreht: Wie kann es sein, dass der verurteilte Oligarch Ilan Shor jetzt aus Israel weiterhin Millionen Euro in die Republik Moldau zu Korruptionszwecken transferieren kann? Wieso fällt es den moldauischen Behörden so schwer, diese Geldflüsse abzdrehen?

Fazit

Unsere Reise ist gerade zu Ende gegangen, da kommt am selben Abend die Eilmeldung: Die EU hat grünes Licht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau gegeben. Ungarns Premier Orbán ist zwar offiziell weiter dagegen, hatte aber bewusst eine strategische Kaffee-Pause eingelegt, als die Entscheidung (dann in seiner Abwesenheit) anstand.

Das Ja der EU zu Beitrittsverhandlungen ist eine schöne Bestätigung für die harte und auch mutige Arbeit, die die moldauische Regierung bisher geleistet hat. Alle wissen aber: Die richtig großen Herausforderungen in diesem kleinen Vielvölkerstaat stehen jetzt an: Justizreform, Korruptionsbekämpfung, eine Reform im Bildungswesen und der Ausbau der Infrastruktur. Vor allem aber ist der Republik Moldau ge-nauso wie der EU zu wünschen, dass nicht ein weiteres Land in die „Balkanfalle“ tappt und während Jahrzehnten im Wartezustand jedes Vertrauen in die europäische Perspektive verliert. Dass das Bewusstsein dafür bei allen Beteiligten in Chişinău und in Brüssel vorhanden ist, macht wiederum Hoffnung.

Über die Publikation

Dieser Beitrag wurde im Rahmen der NEXT4EU Reise in die Republik Moldau, vom 10.-14. Dezember 2023 erstellt, an der zivilgesellschaftliche Vertreter:innen, Journalist:innen und Wissenschaftler:innen teilgenommen haben. Die Reise diente dazu den zivilgesellschaftlichen Austausch mit der Republik Moldau zu fördern, sowie am Vorabend der Entscheidung des Europäischen Rates zur Aufnahme von EU Beitrittsverhandlungen, die Herausforderungen und politische Situation im Land zu analysieren.

Über das IEP

Das IEP ist seit 1959 als gemeinnütziger Verein im Bereich der europäischen Integration tätig. Es ist eines der führenden Forschungsinstitute für Außen- und Europapolitik in Deutschland. Das IEP arbeitet an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischer Bildung. Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen sind die der: s Autor:in/der Autor:innen und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten des IEP wider.

Autor:in

Susanne Glass, Redaktionsleiterin Ausland und politischer Hintergrund, Bayerischer Rundfunk

Herausgeber:in

Prof. Dr. Funda Tekin

Redakteur:innen

Dominic Maugeais

Layout

Laura Worsch

Cover Foto

Roman Drits Barnimages / Unsplash

ISSN: 2701-3014

This text is licensed Creative Commons Attribution- Non Commercial- No Derivatives 4.0 International.

iep

Institut für Europäische Politik e. V.
Bundesallee 23
10717 Berlin

info@iep-berlin.de
www.iep-berlin.de